

Themen in dieser Ausgabe:

- gut ausgebildet ...!
- Lebensmittelpreise !
- Sklavenhandel !
- Sozialstaat ...!
- Gewerkschaft ...!
- Armut !
- Existenzminimum ...!
- Nazigegner !
- Montagsdemo aktuell ...!

IN DIESER AUSGABE:

Jung, gut ausgebildet, arbeitslos	2
Lebensmittelpreise steigen stark an	2
Sklavenhandel im Fokus	2
Schleichenden Abbau des Sozialstaats	2
Das Missverständnis mit der Armut	2
Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum" ins Leben gerufen	3
Hartes Urteil gegen Nazigegner: Ein fatales gesellschafts-politisches Signal	3
Die Minijob-Masche: Maximale Ausbeute - minimaler Lohn	3
Rheinfelder Montagsdemo 2012	4

Lohnkürzungen machen nicht wettbewerbsfähig

Bundesregierung und Bundesbank loben Europas Krisenländer: Ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessere sich. Die Defizite in der Leistungsbilanz – also die Lücke zwischen hohen Importen und niedrigen Exporten – gehe dank der „Reformen“ in diesen Staaten zurück. Die Logik: Wenn die Krisenländer Löhne senken, sinken auch die Kosten für Unternehmen. Exportgüter können billiger angeboten werden und werden attraktiver für Käufer im Ausland. Aber das ist keinesfalls immer so. Beispiel Spanien: Die spanische Regierung setzt seit Mitte 2010 zwar rabiate Reformen auf dem Arbeitsmarkt um, kürzt Löhne und Arbeitnehmerrechte. Spanische Exportgüter werden aber nicht billiger. Im Gegenteil

– sie verteuern sich zum Teil stark, was auf eine stabile Auslandsnachfrage nach spanischen Waren hinweist. Offen-



sichtlich sind die Güter bereits so wettbewerbsfähig, dass sie sogar höhere Preise erzielen können. Die Lohnkürzungen steigern hier also nicht die preisliche „Wettbewerbsfähigkeit“. Sie haben aber ganz andere Effekte. Zum einen führen die

niedrigeren Einkommen direkt zu mehr Armut und Ungleichheit. Wer weniger Geld hat, kann auch weniger kaufen – die Binnennachfrage bricht ein. Das trifft vor allem die lokalen Märkte und Unternehmen. Die Wirtschaftsleistung schrumpft und das spanische Volkseinkommen sinkt insgesamt. Gleichzeitig wachsen aber trotz Rezession die Gewinneinkommen. Grund: Wenn die Lohnstückkosten massiv sinken, die Exportunternehmen ihre Preise aber trotzdem erhöhen können, steigen deren Gewinne. Kurz: Was bei den Arbeitnehmern gekürzt wird, landet direkt bei den Eigentümern der Unternehmen.

Quelle: DGB Klartext

Das Bachelorstudium als Unterschichtenbildung?

An Universitäten ist mit der Einführung der Bachelorstudiengänge ein „heimlicher Lehrplan“ entstanden. Neben dem Studieren steht das Überleben in der bürokratische Hochschule im Fokus. Davon profitieren vor allem Akademikerkinder. Ein Gastbeitrag des Soziologen Stefan Kühl.



An den Universitäten und Fachhochschulen lässt – abgesehen von einzelnen Rektoren und Präsidenten – kaum jemand ein

gutes Haar an der Bologna-Reform. Unterstützung für die Reform kommt, wenn überhaupt, noch von außerhalb der Hochschulen – von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, von unternehmensnahen Stiftungen und von einzelnen Journalisten... Studierende lernen jetzt – so der neue „heimliche Lehrplan“ – wie sie in hochbürokratisierten Organisationen unter Überlastungsbedingungen zu arbeiten haben. Wo bekommt man nach Vergleich der verschiedenen fächerspezifischen Bestimmungen eines Studiengangs möglichst günstig Leistungspunkte her? Wie stark muss man sich an die häufig über hunderte von Seiten langen Modulhandbücher eines Studiengangs halten? Wo lohnt es sich, mit dem Verweis auf eine Klage vor Gericht bei Dozenten eine zweite oder dritte Prüfungsmöglichkeit einzufor-

dern? Die Amerikaner nennen die Fähigkeiten, die sich in der Auseinandersetzung mit solchen Fragen entwickeln, „How to Work the System“ – Wie kann man bei möglichst geringem Aufwand möglichst viel aus einem System herausholen. Das mögen Fähigkeiten sein, die bei späteren Tätigkeiten in Großbürokratien wie der Deutschen Bank, der Deutschen Bahn oder der Bundesagentur für Arbeit besonders gefragt sind. Die Aneignung dieser Fähigkeiten dürfte aber wohl gerade Studierenden aus jenen Bildungsschichten leichtfallen, die weniger Angst vor dem Kontakt mit bürokratischen Großorganisationen haben. Und das ist sicherlich eher der Juristensohn als die Bäckerstochter.

Quelle: Was bildet ihr uns ein?

Jung, gut ausgebildet, arbeitslos



Ihre Karriereträume hat sie längst aufgegeben, Leserin K. Neureuter sucht seit neun Monaten einfach nur Arbeit. Denn sie steht kurz davor, ALG II zu beziehen. Jung, gut ausgebildet, erste Berufserfahrung – und arbeitslos: Vor neun Monaten sah ich das noch ganz locker. Dass es in solch einer Situation enden wird, konnte ich mir nicht vorstellen.

In meinem ersten Job, als Redakteurin und PR-Referentin, arbeitete ich dreieinhalb Jahre, bis mein Arbeitgeber massiv Stellen abbaut. Ich erhielt eine betriebsbedingte Kündigung. Das erschien mir zunächst noch nicht als ernsthaftes Problem. Nach Sozialplan ist man als ledige Frau ohne Kind halt

schnell wegrationalisiert. Aber dank Studium, Praktikum, erstem Job, dazu Soft Skills und natürlich Fremdsprachenkenntnissen, wirst du schnell wieder etwas finden, dachte ich.

Quelle: ZEIT - Ja ja, der "Fachkräftemangel". Und in Hartz IV sind nur die, die faul und dumm und unflexibel sind.



Lebensmittelpreise steigen stark an

Die Verbraucherpreise in Deutschland sind im vergangenen Jahr um 2,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen... Besonders prägnant war der Anstieg der Lebensmittelpreise Ende 2012. Sie verteuerten sich so stark wie seit über vier Jahren nicht mehr. Die Preise

stiegen im Dezember um 4,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. „Dies ist der stärkste Preisanstieg bei Nahrungsmitteln seit September 2008 mit 6,4 Prozent“, erklärte das Statistische Bundesamt. Die teuren Nahrungsmittel trieben die Inflationsrate im Dezember nach oben.

Quelle: FR
Anmerkung WL(nachdenkseiten): Nun sind es gerade die Lebensmittelpreise, die die einkommensschwächeren Haushalte besonders belasten, weil sie einen überproportionalen Anteil in ihrem Budget ausmachen.

Leiharbeit - Der Anfang vom Ende

Von der Politik verkauft
Von den Gewerkschaften verraten
Von den Medien im Stich gelassen



Sklavenhandel im Fokus

Ob in den Gesetzen, Tarifverträgen, beim DGB oder der Arbeitsagentur: Der Leiharbeit ist – mit Gewerkschaftshilfe – aus der

Schmutzdecke geholfen worden, da gehört sie aber schnellstens wieder hin! Siehe umfangreiche Infos, Kampagnen und Unterschriftenlisten/Petitionen (auch von der Gewerkschaftslinken) im Internet unter Leiharbeit und Sklavenhandel

Quelle: labourmet.de



Schleichenden Abbau des Sozialstaats

Rezension: Frank Bsirske/ Andrea Kocsis / Franz Tremel (Hrsg.): Gegen den schleichenden Abbau des Sozialstaats. Konsequenzen – Alternativen – Perspektiven

Der Aufklärungspublizist Albrecht Müller ruft in Erinnerung, wie durch gezielte Meinungsmache der Sozialstaat ins Gerede kam. Die damals amtierende Schröder-Regierung wurde Opfer des Trommelfeuers gegen

gen sogenannte Lohnnebenkosten und für entfesselte Marktkräfte. Irgendwann verloren dann Gerhard Schröder und Joschka Fischer die Lust am geduldrigen Widersprechen und Widerstehen. Sie drängten ihre Parteien auf den Kurs „If you can't beat them, join them“. Natürlich taten sie das nicht ganz so rigide, wie es die damaligen Kreuzzügler gegen den Sozialstaat in allen Talkshows

forderten. Die Einsicht, dass es auf Alternativen statt auf Varianten zum Marktradikalismus ankommt, ist durch die Finanzmarktkrise inzwischen gewachsen. Nur noch die Schwarz-Gelben wollen den toten Gaul „Alle-Macht-den-Märkten“ weiterreiten. Angela Merkel spricht sogar von der „marktkonformen Demokratie“. Quelle: Gegenblende

Klassenkampf ...



Das Missverständnis mit der Armut

Gut, dass wir nur relativ arm sind: Warum die aktuelle Debatte die ungleiche Verteilung der Einkommen völlig außer Acht lässt, erklärt Herbert Schui im Gastbeitrag. Selbst wenn die Zahl der relativen Armen durch statistische Probleme verzerrt ist, wächst die Ungleichheit in Deutschland. Man merkt das an den preisbereinigten ver-

fügbaren Einkommen von 1999 bis 2009. Das reale Einkommen der ärmeren Hälfte der Einkommensbezieher sank in dieser Zeit um rund fünf Prozent. Die Einkommen des ärmsten Zehntels nahmen sogar um 9,6 Prozent ab. Die obere Hälfte der Einkommensbezieher verzeichnete hingegen einen Zuwachs von fünf Prozent. Bemerkenswert

ist, wie ungleich die Einkommen am oberen Rand gewachsen sind: Vier der fünf Zehntel innerhalb dieser Hälfte verzeichnen eine Einkommenssteigerung von durchschnittlich rund zwei Prozent, während das reichste Zehntel einen Zuwachs von 16,6 Prozent verbuchen konnte. Quelle: Zeit.de

"Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum" ins Leben gerufen

Hartz IV-Regelsätze gewährleisten kein menschenwürdiges Leben

Das neu gegründete "Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum" fordert eine Neubestimmung des sozio-kulturellen Existenzminimums.

Als Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbände, Bauern- und Umweltverbände sowie Flüchtlingsinitiativen wollen wir gemeinsam eine

gesellschaftliche Debatte anstoßen, wie viel ein Mensch in unserem Land zum Leben braucht. Die zunehmende Spaltung in Reich und Arm bedroht den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Die vom Bündnis vorgelegte Analyse des derzeitigen Regelsatz-Systems zeigt, wie wenig die Bundesregierung die tatsächlichen Bedarfe zum Leben berücksichtigt hat. Hartz IV- und Sozialhilfeberechtigte, von Armut bedrohte RentnerInnen, Kranke oder behinderte Menschen und Flüchtlinge stehen am Ende einer Armutsspirale,

die bei unfairen Erzeugerpreisen beginnt und sich über Billigslöhne in der Verarbeitung- und Handelskette millionenfach fortsetzt und die Ausplünderung natürlicher Ressourcen sowie die Zerstörung regionaler Märkte in Kauf nimmt.

Ob Mensch Arbeit hat oder nicht, ob Flüchtling oder nicht: Ein menschenwürdiges Leben ist ein Grundrecht, das für alle gilt. Neben einer armutsvermeidenden öffentlichen Infrastruktur, etwa für Bildung und Gesundheit, braucht es deshalb ein Update der Regelsätze.

Quelle: erwerbslosenforum.de



Hartes Urteil gegen Nazigegner: Ein fatales gesellschaftspolitisches Signal

Der 36-jährige Berliner soll am 19. Februar 2011 per Megafon das Durchfließen einer Polizeikette koordiniert beziehungsweise dazu aufgefordert haben, was schließlich zu Verletzungen bei Polizeibeamten geführt habe. Richter Hans Hlavka verurteilte ihn, obwohl weder Zeugen noch ein Polizeivideo den Angeklagten zweifelsfrei und eindeutig identifizieren konnten. Das Urteil wegen Körperverletzung, Beleidigung und besonders schwerem Landfriedensbruch zu einer Haftstrafe von 1 Jahr und 10 Monaten – ohne Bewährung – stellt einen neuen Höhepunkt sächsischen Justizverständnisses dar.

In Sachsen ist es – gemessen an den Urteilen – offenkundig besser, eine neonazistische kriminelle Vereinigung zu gründen, als Neonazis zu blockieren.

Quelle: ZEIT Störungsmelder

Anmerkung unseres Lesers M.:

Das jetzige Urteil ist eine der bislang schwersten Entgleisungen der sächsischen Justiz im Zusammenhang mit den Antinaziprotesten in Dresden. Wer – wie ich – gehofft hat, dass die Zeiten politischer Inhaftierungen in Deutschland mit der deutschen Wiedervereinigung der Vergangenheit angehören, dürfte durch dieses Urteil in ganz besonderem Ausmaß alarmiert sein. Schon früher hat die sächsische Justiz ihre Sympathie

gegenüber der Naziszene kaum verhehlen können. So begründete der inzwischen verstorbene Richter Hajo Falk Ende 2011 einem Studenten, den er gerade wegen der Teilnahme an einer Sitzblockade verurteilt hatte, seine Entscheidung mit dem "Minderheitenschutz" der Nazis.

Unvergessen sind auch die zitausendfache Handydatenauswertung zum Zeitpunkt der Antinazidemos 2011, die filmreife (später per Gerichtsurteil als rechtswidrig eingestufte) Stürmung des Hauses der Begegnung mit einem Sondereinsatzkommando 2011 und der 'heldenhafte' Einsatz der Polizei 2011 beim Angriff einer Nazibande auf das Wohnprojekt "Praxis".

Quelle: nachdenkseiten.de



Die Minijob-Masche: Maximale Ausbeute – minimaler Lohn

Mit der Hartz-Reform sollte alles einfacher werden. Sozialhilfe und Arbeitslosengeld wurden zusammengelegt, Arbeitswilligen Steine aus dem Weg geräumt, Bürokratie abgebaut. Teil des Konzepts war der Minijob, der es auch Empfängern von Sozialleistungen möglich machen sollte, Geld unkompliziert dazu zu verdienen ... Über sieben Millionen Menschen arbeiten mittlerweile in einem Minijob, dürfen dieses Jahr maximal 450 Euro im Monat dazu verdienen. Nur: Festangestellte werden aus Minijobbern kaum, eher das Gegenteil ist der Fall. Für Unternehmer bietet der Minijob nämlich in erster Linie vielfache Möglichkeiten zu sparen. Und genau das ist das Problem.

Quelle: ZDF Zoom

Dazu: Geringverdiener – Reinigungsfirmen umgehen Mindestlöhne

Unterwegs mit versteckter Kamera. Diese Frau ist Angestellte einer Reinigungsfirma und putzt in deren Auftrag Hotelzimmer. Erkannt werden möchte sie nicht, aus Angst um ihren Arbeitsplatz. Obwohl sie an dem kaum etwas verdient. Unterm Strich erhält sie brutto knapp 5,20 € die Stunde. Dabei soll sie laut Arbeitsvertrag den gesetzlichen Mindestlohn von 8,82 € pro Stunde erhalten ... Ein trauriger Einzelfall? Leider nicht. Niedriglöhne im Reinigungsgewerbe. Niedriglöhne gibt es nicht nur in der Reinigungsbranche. Bundesweit arbeiten 4,1 Millionen Beschäftigte für weniger als 7 € brutto in der

Stunde, 1,4 Millionen davon sogar für weniger als 5 € Mehr als 1,3 Millionen Menschen in Deutschland müssen ihr mageres Gehalt durch Geld vom Staat aufbessern. Alleine 2011 zahlten die Arbeitsagenturen 8,7 Milliarden € an diese sogenannten „Aufstocker“ aus. Für den Arbeitsmarkt-Experten Prof. Stefan Sell, Hochschule Koblenz steckt eine perfide Logik dahinter: "Die Unternehmen, die besonders mies bezahlen, und sich nicht an die Vorschriften halten, die werden unter Strich sogar noch belohnt dadurch, dass der Staat ein Teil ihrer niedrigen Lohnkosten aufstocken muss. Währenddessen die Unternehmen, die sich fair verhalten, und an Recht und Gesetz halten, die kriegen keinen Auftrag, weil sie sozusagen preislich zu hoch angesetzt sind."

Quelle: Das Erst plusminus



V.i.s.d.P. :
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell
Oberhofstrasse 1
79730 Murg/ Baden
Tel: 07763 - 9275807
E-Mail: aloisia.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann
Eisenbahnstr. 7
79585 Steinen
Tel: 07627 - 8127
E-Mail: khirschmann@gmx.de

www.montagsdemo-rheinfelden.de



Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im Nelli Nashorn in Lörrach, Tumringer Str. 248 um 20:00 Uhr
- **Lisy** - Initiative von Links-Sympathisanten und Mitgliedern DIE LINKE, Es ist ein Gesprächskreis über politisch-kulturelle Themen, in der Regel jeden ersten Freitag im Monat in Weil oder Grenzach statt. Anmeldungen unter: info@dreieck-lisy.de



Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE !

Rheinfelder Montagsdemo aktuell



Wie wichtig und notwendig unsere Montagsdemonstrationen sind, zeigt das tägliche Leben.

Die Medien haben mittlerweile eine so starke Macht der Manipulation und Desinformation, dass der einzelne Bürger nicht mehr in der Lage ist, diese Manipulationen zu durchschauen. Die Neoliberalisierung wird ganz verstärkt und geschickt von unserer Bundeskanzlerin betrieben (so ihre Rede in Davos). Der Sozialabbau und die weitere Privatisierung sollen alternativlos sein! Mit der Verblödung der Menschen von den Medien betrieben wie z.B. Dschungelcamp, Bachelor und viele andere hirnlose Sendungen sollen die Bürger von den

wirklichen Problemen abgelenkt werden, es funktioniert! Auch die Umsetzung der Politik mit anderen Mitteln - **KRIEG** - ist ein wichtiges Thema auf den Montagsdemos. Mali ist das letzte Beispiel für die vielen Kriege, die im Namen der Terrorismusbekämpfung erhalten



müssen. Mali hat wichtige Rohstoffe, auf die Frankreich nicht verzichten kann! Unseren Protest gegen die vielen Kriege werden wir Montagsdemonstranten auch bei dem diesjährigen Ostermarsch in Müllheim zeigen. Die zunehmende Verarmung und Verelendung großer Teile unserer Bevölkerung ist und bleibt ein wichtiger Bestandteil unseres täglichen Kampfes. Unsere Gewerkschaftsmitglieder werden sich verstärkt gegen Leiharbeit und die damit

verbundene Ausbeutung im Niedriglohnsektor arrangieren.

Der Winter hielt die Rheinfelder Montagsdemonstration fest im Griff. Man merkt das auch an der etwas zurückgegangenen Teilnehmerzahl und der geringen Anzahl an Passanten am Oberrheinplatz. Aber auch die soziale Kälte des Kapitalismus lässt nicht nach. Im Gegenteil. Die Hiobsmeldungen von Betrieben, die Personal raus schmeissen wollen, reissen nicht ab. Trotz zum Teil bester Geschäftsjahre vieler Firmen 2011 und 2012 trüben sich die Prognosen ein. Den Gesängen der Politiker vom angeblichen Aufschwung zum Trotz scheint sich die normalerweise in der Wirtschaftskrise sich vollziehende Kapitalvernichtung jetzt erst abzuspielen. Als erstes müssen die Leiharbeiter und dann die Befristeten gehen.



Unterdessen nehmen die symbolischen Protestaktionen bei GABA in Lörrach zum Jahresbeginn zu. Die Gewerkschaft und der Betriebsrat versuchen über die potentiellen Kunden, wie die Apotheker, Solidarität zu erwirken. Die Sympathie für die Belegschaft ist in der Öffentlichkeit groß. So hat die Stadt Lörrach über 1000 Unterschriften für den Erhalt von GABA Lörrach an die Betriebsräte übergeben. Doch Apelle an die Vernunft von Großkonzernen wie Colgate dürften kein Erfolg haben. Hier geht es knallhart um Profitmaximierung, dem eisernen Gesetz im Kapitalismus.

Druck auf GABA könnte erreicht werden, wenn die Arbeiter ruhen würde. Noch läuft die Produktion. Noch wäre das ein Druckmittel. Auch in der Öffentlichkeit auf GABA. Dieser Schritt verlangt jedoch viel Mut und Durchhaltewillen, aber auch Know how.

Die Rheinfelder Montagsdemonstration ist mit den GABA- Kollegen solidarisch.